Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 580. Abendblatt. Donnerstag, den 10. Dezember 1868.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Neunzehnte Sitzung vom 9. Dezember.

Präsident v. Forckenbeck eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertische: Graf Eulenburg, Dr. Leonhardt und mehrere Regierungs-Kommissare.

Das Haus hatte die Beschlußnahme über die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurfes, betreffend die Uebereignung des Dotationsfonds der Hülfskasse an die Provinzialverbände ꝛc., bis nach dem Druck derselben vorbehalten. Es ward beschlossen, die Vorlage durch Vorberathung im Hause zu erledigen. — Ein Antrag der Abgg. Born und Dr. Braun (Wiesbaden), betreffend die Amtsdauer der Bürgermeister in Nassau, wird der durch 7 Mitglieder zu verstärkenden Gemeinde-Kommission zugewiesen.

Der Justizminister Dr. Leonhardt überreicht zwei Gesetzentwürfe: 1) Entwurf einer Hypothekenordnung. Derselbe enthält, so fügt er hinzu, eine Ergänzung des Gesetzentwurfes über den Erwerb des Grundeigenthums ꝛc., nach der formellen Seite hin, mit Hypotheken. Was in dieser Beziehung bisher erstrebt wurde, ist eine Vereinfachung des Verfahrens in Hypothekensachen, eine schleunige Erledigung der Hypothekengeschäfte. Diesen Anforderungen ist in dem Entwurfe so weit Rechnung getragen, als die Sicherheit des Hypothekenverkehrs dies thun ließ. Die Dickleibigkeit der Hypothekendokumente bereitet dem Staatskredit ein künstliches Hinderniß, denn es existirt die Ansicht, daß eine Sache, worüber so viel Papier geschrieben wird, doch zweifelhaft sein muß. Nachdem das Prinzip der Legalität aufgehoben ist, hat es keine Bedeutung, die Bearbeitung der Hypothekensachen den Gerichten zu entziehen und sie in die Hände eines Mannes zu legen. Der Entwurf verweist die Bearbeitung der Hypothekensachen an einen Gerichts-Kommissär. Die Einrichtung ist eine provisorische, sie wird nur so lange dauern, bis die neue Gerichtsorganisation ins Leben getreten ist; es wird sich dann fragen, ob die Bearbeitung der Hypothekensachen dem ständigen Einzelrichter zu überweisen, oder Organen der Selbstverwalt[illegible] Die Vereinfachung des Verfahrens zieht auch eine Verminderung der Kosten nach sich. — Der Beschluß über die geschäftliche Behandlung der Vorlage wird vorbehalten.

2) einen Entwurf, betr. die Gerichtsbarkeit und das gerichtliche Verfahren in Ehe- und Verlobungssachen in der Provinz Hannover. Diese Vorlage ist, wie der Minister hinzufügt, dazu bestimmt, der Provinz eine alte Schuld abzutragen. Es sind früher bereits mehrere Versuche einer Organisation gescheitert. Etwa 1 Jahr vor dem 1. Oktober 1867, sah sich das damalige Kultus-Departement in Hannover veranlaßt, in einem Bericht an die Königliche Staatsregierung zu beantragen, daß die Gerichtsbarkeit und das Verfahren in Ehesachen in der Provinz Hannover geregelt werde. Die Staatsregierung ist auf diesen Antrag nicht eingegangen, in dem berechtigten Wunsche, zunächst die Stimmen der Provinz über diese Angelegenheit zu hören. Der vorliegende Entwurf soll auf Ehesachen das mündliche Verfahren in Anwendung bringen und schließt sich dem an, was in den alten Provinzen Rechtens ist. Der Entwurf hat die Zustimmung der großen Majorität des Provinzial-Landtages erhalten. — Auf Antrag des Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) beschließt das Haus, diese Vorlage durch Vorberathung im Plenum zu erledigen.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Vorberathung des Etats des Ministeriums des Innern. Titel 26 bis 29, Straf-, Besserungs- und Gefangen-Anstalten. — Hierzu liegen folgende Anträge vor:

Abg. Dr. Eberty beantragt: „zu erklären: die Vollstreckung der Zuchthausstrafen in der Form der Einzelhaft ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie durch ein Gesetz geregelt wird."

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt: „Die Königl. Staats-Regierung zu ersuchen, die Vollstreckung der Zuchthausstrafen in der Form der Einzelhaft einer gesetzlichen Regelung entgegen zu führen."

Abg. Dr. Eberty vertheidigt seinen Antrag unter Wiederholung der bereits mehrfach von ihm für denselben geltend gemachten Gründe.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die Vollstreckung der Freiheitsstrafen gehört nach dem Rechte des Landes dem Ressort des Herrn Ministers des Innern. Allein es berührt so stark das Ressort des Justizministers, daß die Frage aufgeworfen werden kann, ob es nicht besser sei, die Strafvollstreckung dem Ressort des Justizministers zu unterordnen. Was den Antrag Eberty betrifft, so bin ich nicht in der Lage mich für denselben zu erklären. Man kann allerdings dazu schreiten, in der Einzelhaft eine besondere Strafhaft auszubilden, gegenüber der gemeinsamen Haft, aber dies ist nicht geschehen, wenigstens giebt das Strafgesetzbuch dafür keinen Anhalt. Nach meinen Erfahrungen halte ich die Zellenhaft für die relativ beste Haftform. Diese würde nur dann nicht zur Anwendung kommen können, wenn sie als eine objektive Erschwerung der Haft angesehen werden kännte. Das nehme ich aber nicht an, wenn man die Einzelhaft vollstreckt in der Weise, wie sie der Individualität des Verbrechers entspricht. (Sehr richtig!) Ich gehe davon aus, daß objektiv die Zellenhaft eine Wohlthat ist für jeden Verbrecher. (Sehr richtig!) Sie ist für ihm eine Wohlthat und auch wenn er sie nicht anerkennt, muß der Staat sie ihm angedeihen lassen. Der Herr Bundeskanzler hat mich ersucht, ein allgemeines Strafgesetz für den norddeutschen Bund auszuarbeiten und dabei wird auch die Frage wegen der Zellenhaft zur Regelung kommen.

Abg. Windthorst (Meppen): Materiell die Sache vollständig zum Austrag zu bringen, ist heute nicht möglich. Bei der Berathung des Strafgesetzes konnte man sich über die Details der Strafvollstreckung nicht einigen und man mußte die Sache der weiteren Entwickelung überlassen. Ungesetzlich ist die Vollstreckung der Einzelhaft nach §. 11 des Strafgesetzbuches nicht. Es ist aber jetzt an der Zeit, die Angelegenheit zur gesetzlichen Regelung zu bringen. Nach den Erklärungen des Herrn Justizministers ist eine zwingende Nothwendigkeit für meinen Antrag allerdings nicht mehr vorhanden, allein es ist gut, wenn das Haus den Ausspruch thut, daß es die Vollstreckung der Einzelhaft in dem jetzigen Umfange ohne eine gesetzliche Unterlage nicht will.

Reg,-Komm. Landrath Steinmann: Wenn der Abg. Eberty immer und immer wieder auf den finstern Geist zurückkommt, der im Zellengefängniß bei Moabit herrschen soll, so liegt der Wunsch nahe, daß derselbe einmal Kenntniß nehme von den Verhältnissen in Moabit. (Heiterkeit.) Das Bestreben der Staatsregierung ist darauf gerichtet, das Loos der Gefangenen so viel als möglich zu erleichtern und jeder Grausamkeit und Willkür entgegen zu treten. Der Regierungs-Kommissar bezeichnet demnächst die Anstalten, in welchen das Zellensystem zur Anwendung komme. 27,800 Gefangene befinden sich jetzt in sämmtlichen Gefangen-Anstalten. Für die Gefängnißstatistik wird jetzt ein Plan ausgearbeitet, welcher die nothwendige Vollständigkeit derselben [illegible] soll. Mit dem Antrage Windthorst befindet sich die Staatsregierung nicht in prinzipiellem Widerspruch.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Antrag Dr. Eberty wird abgelehnt, der Antrag Windthorst angenommen. — Die Positionen werden genehmigt.

Zu Titel 31 Nr. 3, Fonds zu Almosen und Unterstützungen, welche früher aus der Haus- und Chatoullkasse des Königs Georg an Hülfsbedürftige in der Provinz Hannover gezahlt worden sind 5000 Thlr. beantragt Abg. Schröder (Königsberg) die Streichung der 5000 Thlr.

Der Antragsteller führt aus, daß diese Bewilligungen bereits im vorigen Jahre aus dem Allerhöchsten Gnadenfonds erfolgt seien und deshalb heute nicht mehr auf den Etat übernommen werden könnten.

Reg.-Komm. Geh. Regierungsrath Piper: Die Summe werde sich von Jahr zu Jahr ermäßigen, und sie sei auf den Etat gekommen, weil der Grundsatz aufgestellt sei, daß aus den Allerhöchsten Gnadefonds keine fortlaufenden Unterstützungen gezahlt werden sollen.

Abg. v. Hoverbeck: Ich möchte fragen, wer diesen Grundsatz aufgestellt hat, doch nicht das Abgeordnetenhaus, welches die Gelder bewilligt?

Reg.-Komm. Piper: Der Grundsatz ist aufgestellt von der preußischen Finanz-Verwaltung, die älter ist, als das Abgeordnetenhaus.

Abg. v. Hoverbeck: Die Verfassung hat manchen Grundsatz der preußischen Finanz-Verwaltung abgeändert, so auch diesen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schröder angenommen, die 5000 Thlr. also gestrichen.

(Graf Bismarck tritt in den Saal.)

Bei Tit. 35, Dispositionsfonds für die Verwaltung des Innern 8500 Thlr., spricht Abg. v. Benda den Wunsch aus, daß die Etats-Ueberschreitungen so viel als möglich vermieden werden möchten. Der Minister des Innern sagt dies zu und führt an, daß die Etats-Ueberschreitungen im vorigen Jahre herbeigeführt seien, durch die Unterstützungen, welche bei Ueberschwemmungen gezahlt werden mußten.

Zu Tit. 36 für die Regierungs-Amtsblätter und die damit verbundenen öffentlichen Anzeigen beantragt Abg. v. Thokarski: „die Staatsregierung aufzufordern, auf dem Etat für 1870 eine solche Summe in Ansatz zu bringen, daß in den Regierungs-Bezirken Danzig und Marienwerder die Amtsblätter ꝛc. in deutscher und polnischer Sprache gedruckt werden.

Der Regierungs-Kommissar Wulfsheim erklärt sich gegen den Antrag, ebenso der Abg. v. Brauchitsch (Elbing.)

Abg. Twesten beantragt, in dem Antrage von Thokarski nach dem Worte „Marienwerder" einzuschalten: „für die Ortschaften, in welchen ein erheblicher Theil der Bevölkerung die polnische Sprache redet." — Die Anträge werden abgelehnt, die Positionen genehmigt.

Zu den extraordinären Ausgaben Tit. 2 für die Polizei-Verwaltung 30,000 Thlr. beantragt Abg. Sachse: „Die Staatsregierung aufzufordern, die Aufbringung der Kosten für die Polizei-Anwaltschaften schleunigst dahin zu regeln, daß die städtischen Kommunen den ländlichen Kommunen und Rittergütern gegenüber nicht benachtheiligt werden."

Der Antragsteller rechtfertigt seinen Antrag. — Der Reg.-Komm. Wulfsheim erklärt, daß die Staatsregierung das Vorhandensein von Ungleichmäßigkeiten anerkenne und daß sie auf Abhülfe Bedacht nehmen werde. Die Angelegenheit stehe in Verbindung mit der Gemeindegesetzgebung und erkläre er sich daher gegen den Antrag. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Sachse angenommen, die Position wird genehmigt. — Damit ist der Etat des Ministeriums des Innern erledigt.

Es folgt der Etat der Provinzial-Finanz-Direktion und Bezirks-Hauptkassen in Hannover.

Zu Tit. 1. Besoldungen, weist der Etat eine Mehrforderung von 900 Thlr. nach. Die Kommissare des Hauses beantragen die Streichung der 900 Thlr. Der Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Finanzrath Mölle erklärt, daß die Regierung in Folge des Beschlusses des Hauses auf Herstellung von 6 Landdrosteien, diese Mehrforderung fallen lasse. Hierdurch ist der Antrag erledigt. Der Etat wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Zu der allgemeinen Besprechung dieses Etats liegt folgender, von einer sehr großen Zahl von Abgeordneten unterzeichneter Antrag vor: „Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom Jahre 1870 ab auf den Etat des norddeutschen Bundes übernommen wurde." Der Antrag ist unterzeichnet: Graf Bethusy-Huc, v. Bennigsen. v. Hoverbeck.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich glaube die Diskussion zu vereinfachen und abzukürzen, wenn ich die Ansicht der Königl. Regierung über diesen Antrag vorweg ausspreche. Ich kann anknüpfen an das, was ich im vorigen Jahre geäußert habe, daß ich es nämlich als eine nothwendige Vervollständigung der Bundes-Einrichtungen ansehe, daß mit der Zeit der auswärtige diplomatische Dienst in seiner Gesammtheit auf das norddeutsche Bundesbudget übertragen werde. Ich freue mich, aussprechen zu können, daß dieser Augenblick um vieles näher gerückt ist, als im vorigen Jahre. Die vertraulichen Verhandlungen mit unseren Bundesgenossen haben mir die Ueberzeugung gegeben, daß wir dem Reichstage schon bei seinem nächsten Zusammentritte eine dahingehende Vorlage werden machen können. Die Wünsche der Herren Antragsteller werden also schon in der nächsten Zeit ihrer Erfüllung entgegengehen.

Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt sich seinerseits bereit, den Antrag zurückzuziehen.

Abg. v. Hoverbeck erachtet es nicht für nothwendig und zweckmäßig, den Antrag zurückzuziehen. — Es wird deshalb zur Diskussion desselben geschritten.

Abg. v. Hoverbeck: Mit der von dem Herrn Ministerpräsidenten zugesagten Ausführung unseres Antrages müssen, meiner Ansicht nach, die Gesandten aller übrigen Staaten des norddeutschen Bundes aufhören. Ich weise darauf hin, daß es von den Bevölkerungen der kleinen Staaten als eine Wohlthat anerkannt wird, wenn ihre Höfe nicht mehr in der Lage wären, sich an fremden Höfen vertreten zu lassen. Wir müssen diesen Bevölkerungen zu Hülfe kommen. Das Ausland belächelt es, wenn neben der Vertretung des Bundes noch die Gesandten aller kleinen Staaten existiren und die Beseitigung derselben würde dem Auslande das Gefühl erwecken, daß jetzt dauernd in Deutschland bessere Zustände eingetreten sind.

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Ich erlaube mir auf die Aeußerung des Herrn Vorredners einige Worte zur allgemeinen Debatte zu erwidern und behalte die näheren Ausführungen mir oder dem Herrn Kommissar in der Spezialdebatte vor. Ich bemerke zunächst, daß der Kostenpunkt von keinem entscheidenden Einflusse auf die Auffassungen der Königlichen Regierung und des Bundespräsidiums gewesen ist. Die Frage, ob wir die Bundesgenossen zu diesen Kosten heranziehen könnten oder nicht, ist zwar aus Gesichtspunkten der Sparsamkeit immerhin eine bedeutende, aber sie tritt in den Hintergrund neben der entscheidenden Frage, die der Herr Vorredner im zweiten Theile seiner Aeußerungen berührt hat, neben der Bedeutung der Maßregeln dem Auslande gegenüber, neben dem Zweck, die internationale Einheit des Bundes in der Repräsentation nach Außen nicht blos, sondern auch in der Art, wie diese Repräsentation besoldet und geschaffen wird, zur Durchführung und zur Anschauung zu bringen; und darin stimme ich dem Herrn Vorredner bei, daß nach Uebertragung des auswärtigen Budgets auf den Bund dieser Eindruck auf das Ausland, und das Gefühl, welches dem analog ist im Inlande, ein wesentlich verstärkter sein wird, und diese Rücksicht hat uns hauptsächlich bestimmt, die Sache von Hause aus zu betreiben und bei der Inslebenrufung der Bundes-Verfassung schon in Aussicht zu nehmen. Ich kann dabei konstatiren, daß die Befürchtung des Herrn Vorredners, daß an den verbündeten Höfen die Maßregel einen unangenehmen Eindruck machen würde, nicht begründet ist. Ich kann dies aus meinen Wahrnehmungen nicht bestätigen. Ich muß im Gegentheil rühmen, daß die verbüudeten Höfe in richtiger Erkenntniß des internationalen Werthes der beabsichtigten Einrichtung bei den vertraulichen Verhandlungen auch schon im vorigen Jahre bereitwillig entgegengekommen sind und die Maßregel an sich niemals bestritten, sondern ihre Ausführung nur als eine Zeitfrage betrachtet haben. Wenn der Herr Vorredner nun noch weitergehende Anträge hieran anknüpft, so möchte ich davor warnen, bei dieser Gelegenheit die Konsequenzen gleich auf die Spitze der Doktrin zu treiben. Theoretisch kann ich dem Herrn Vorredner ganz Recht geben; die Theorie ist eben in der diplomatischen Thätigkeit noch geringer als im gewöhnlichen Leben und kommt noch weniger zur Geltung. Praktisch haben wir ein dringendes Bedürfniß, diese Gesandtschaften innerhalb des deutschen Bundesgebiets beizubehalten, ein Bedürfniß, welches ich schon im vorigen Jahre zu entwickeln und zu vertheidigen mir erlaubt habe. Ob in Zukunft die Agenten, die wir zu bedürfen glauben, in derselben Gestalt und unter derselben Benennung beizubehalten sind oder nicht, das möchte ich bitten der praktischen Entwickelung der Zukunft anheimzugeben und nicht heute schon, ehe der ganze Uebergang der Diplomatie an den Bund beschlossen ist, zu präjudiziren. Lassen Sie uns lieber in diese Verhältnisse einleben, als sie vorher feststellen. Es kann ja sein, daß in Jahr und Tag diese Organe sich als überflüssig für die preußische Politik und für das von ihr mitbedingte Wohlbefinden des preußischen Staates erweisen. Es kann sein, daß die gegentheilige Ueberzeugung, die ich im vorigen Jahre ausgesprochen habe und hier wiederhole, sich noch im Laufe der Jahre befestigt. Geben wir der Bundes-Institution auch auf diesem Gebiete Zeit, sich praktisch auszubilden. Sie können überzeugt sein von der Sparsamkeit, die Angesichts des augenblicklichen, wenn noch nicht bedeutenden Defizits sich jedes Antrages auf Erhöhung einer Position enthalten hat, daß diese Sparsamkeit die Königliche Staatsregierung ebenso wie das Bundespräsidium bestimmen wird, auf Abstellung einer verhältnißmäßig kostspieligen Institution hinzuwirken, sobald sie sich als überflüssig erweisen sollte. Aber lassen Sie uns dabei die Erfahrung einiger Jahre wenigstens zu Rathe ziehen und heute die Frage nicht aburtheilen. Was dann endlich die Gesandtschaft in Peking anbelangt, so erlaube ich mir zu konstatiren, daß der dortige Generalkonsul faktisch bereits im Jahre 1863 als Gesandter beglaubigt worden ist, weil die chinesischen Behörden sich absolut weigerten, mit Jemandem, der diesen Charakter nicht trüge, in Unterhandlung zu treten, und das ganze General-Konsulat wäre also überflüssig geworden, wenn man ihm nicht gesandtschaftliche Rechte beigelegt hätte. Er ist hauptsächlich aus diesem Grunde einstweilen auf dem preußischen Budget geblieben. Wenn der Herr Vorredner wünscht, ihn als künftig wegfallend zu behandeln, so möchte ich bitten, hiervon abzusehen, da gewissermaßen das ganze auswärtige Budget nach den Erklärungen, die ich vorhin abgegeben habe, ein in Zukunft wegfallendes, wenn nicht schon ist, so doch, hoffe ich, werden wird. Und wenn das ganze Budget an den Bund übergeht, so möchte ich Sie bitten, darin doch nicht den Beschlüssen des Reichstages vorzugreifen und das Budget übergehen zu lassen, wie es liegt, und und es nicht vorher zu, verstümmeln will ich nicht sagen, aber — zu alteriren in einer Weise, die mit der Auffassung des Reichstags demnächst vielleich nicht stimmen würde, da spezifisch preußische Interessen allerdings bei der Vertretung in Peking weniger vorliegen, sondern die unserer hanseatischen Bundesgenossen dabei in den Vordergrund treten. (Schluß folgt.)

Deutschland.

☐ **Berlin**, 9. Dezember. Wenn die „Independance belge" bloß Frankreich, England und Oesterreich als die Mächte anführt, welche der Pforte zur Mäßigung in ihren Schritten gegen Griechenland gerathen haben, so ist diese Mittheilung unvollständig. Auch Preußen hat sich angelegen sein lassen, die Pforte zu bestimmen, Griechenland gegenüber sich in gewisse Schranken zu halten und keine übereilten Schritte zu thun. Diese Schritte Preußens bei der Pforte haben auch Erfolg gehabt. Ebenso hat in Athen der Vertreter Preußens seinen Einfluß in friedlichem Sinne geltend gemacht. Dergleichen Schritte Preußens werden freilich nicht immer durch den Telegraphen, wie dies von mancher Seite geschieht, in die Oeffentlichkeit gebracht. — Ein siebenbürgisches Blatt knüpft an die Meldung, daß der Baron v. Conradsheim vom Grafen Beust nach den Donaufürstenthümern gesandt

sei, um von der Stimmung und den Zuständen in diesem Lande Kenntniß zu nehmen, den Wunsch, daß die preußischen Preßorgane nähere Auskunft über die Dinge in Rumänien geben möchten. Die preußischen Preßorgane würden ihre Auskunft höchstens dahin geben können, daß sich mehr als 100 österreichische Agenten in den Donaufürstenthümern herumtreiben, welche die unschuldigsten Maßregeln daselbst im schwärzesten Lichte darstellen, die z. B. von der Anlegung von Militärstraßen reden, wo es sich um den Bau einer gewöhnlichen Chaussee handelt, die jeden Arbeiter an einer solchen Chaussee für einen preußischen Unteroffizier oder Landwehrmann ansehen und die natürlich hinter allen solchen Dingen preußische Pläne und preußische Unterstützung erblicken. In ähnlichem Sinne könnten höchstens die Auslassungen der preußischen Blätter lauten. — Die Wiener „Debatte" macht zu der Nachricht von der Ernennung des Hrn. v. Beust zum Grafen die Bemerkung, daß Hr. v. **Bismarck** wegen seiner großen Verdienste, Hr. v. **Beust** aber wegen seiner großen Verheißungen in den Grafenstand erhoben worden sei. — Dem Bundesrath ist vom Ausschuß für Handel und Verkehr Bericht über das Bundes-Konsularwesen erstattet worden. Es ist hiernach eine große Anzahl Bundes-Konsuln an den verschiedensten Plätzen angestellt, namentlich bei der argentinischen Republik, in Bolivia, Brasilien, den britischen Besitzungen, Central-Amerika, Chili, China, Frankreich, den französischen überseeischen Besitzungen, Griechenland, Haiti, Hawai, Italien, Kirchenstaat, Niederlande, Oesterreich, Peru, Portugal, portugiesische Besitzungen, Rußland, Schiffer- und Tunkafitschi-Inseln, Schweden, Spanien, spanische Kolonien, Türkei, Uruguay, Veuezuela, Vereinigten Staaten und Zaziba. Auf Grund dieser Anstellungen von Bundes-Konsuln ist von dem erwähnten Ausschuß folgender Antrag gestellt worden: Der Bundesrath möge anerkennen, daß in den erwähnten Plätzen die Vertretung der Einzeln-Interessen allec Bundesstaaten durch das daselbst errichtete Bundes-Konsutat gesichert sei und die betheiligten Regierungen ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß die Landes-Konsulate an diesen Plätzen, soweit solche noch bestehen, aufhören, sobald die Bundes-Konsulate in Wirksamkeit getreten sind und daß von den Erstern die laufenden Akten und Archive bald an die Letztern abgeliefert werden. — Gestern hat Graf **Eulenburg** seinen ministeriellen Kollegen ein Diner gegeben, an dem der Ministerpräsident und alle übrigen Minister, mit Ausnahme des Finanzministers v. d. Heydt, der durch ein gichtisches Leiden an das Zimmer gefesselt ist, Theil genommen haben. — Die Presse läßt sich über den Verlauf der Verhandlungen im Abgeordnetenhause meist in ähnlicher Weise, wie wir gethan haben, aus. Sie findet namentlich auch, daß die Forderungen der liberalen Partei besonders in Betreff der Verwaltungs-Reformen so weit auseinander gehen, daß sie der Regierung für ihr Vorgehen keine Richtschnur abgeben können. Allseitige Anerkennung findet dann auch das geschickte und schlagfertige Auftreten des Ministers des Innern, Grafen **Eulenburg**, bei den Verhandlungen. Hierbei mag zugleich eine in einigen Zeitungen befindliche irrige Ansicht berichtigt werden, daß sich nämlich Graf Eulenburg durch seine Aeußerung: „er sei nicht Willens, von heute an eine ganz besondere Energie zu entwickeln, um immer nur das durchzusetzen, was er wolle" in Gegensatz zu der Erklärung des Justizminister gesetzt habe: „meine Aufgabe werde ich mit der ganzen Energie des Willens erfüllen, die wenig oder nichts zu wünschen übrig lassen soll". Die Korrespondenten haben die vortreffliche Rede des Ministers des Innern, die sich heute ausführlicher in der „Provinzial-Correspondenz" findet, schwerlich in ihrem ganzen Umfange und in ihrem Zusammenhange gelesen, sonst würden sie gefunden haben, daß sie nur eine Antwort auf das von Herrn v. Bennigsen angeschlagene Thema „plan- und energielos" sein kann. — Die Tage der „Zukunft", das Organ des Herrn Dr. Jacoby, sind, wie die Redaktion jetzt selbst eingesteht, gezählt und dürften nur noch bis zum 31. huj. währen, wenn ihr nicht unerwartete Hülfe von guten Freunden kommt, die aber um so sicherer ausbleiben wird, als sie schon seit längerer Zeit sehr stark in Anspruch genommen worden ist. Es ist ein charakteristisches Zeichen, daß nicht nur die „Zukunft", sondern auch die Partei der „Zukunft" keine Zukunft hat. Voran im Tode ist dem Blatte übrigens ein würdiger Kumpan, die berüchtigte „demokratische Korrespondenz" des Herrn Dr. Frese gegangen, mit der die Zukunft bekanntlich längere Zeit sehr vertraulich geliebäugelt hat. Also auch im Tode vereint!

Berlin, 10. Dezember. Se. Majestät der König nahm gestern Morgen militärische Meldungen und darauf die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Geh. Kabinetsraths von Mühler, des Geh. Hofrathes Borck entgegen und empfing Mittags den Besuch des Erbgroßherzogs und des Herzogs Paul von Mecklenburg-Schwerin, welcher am Morgen von Dresden hier eingetroffen war. Hierauf erledigte der König Regierungsgeschäfte, konferirte mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck und begab sich dann in das Palais des Prinzen Karl, in welchem aus Anlaß der Anwesenheit der Mecklenburger Herrschaften ein Diner von 35 Gedecken stattfand. Abends wohnten die Herrschaften der Vorstellung im Opernhause bei. Morgen findet im Grunewald eine Hofjagd statt.

— Die Königin Augusta ist von einem mehrtägigen Unwohlsein wieder hergestellt. Im Schlosse Bellevue findet heute Nachmittags 2 Uhr in Anwesenheit des Königs und der Königin, der Prinzen und Prinzessinnen und der hier anwesenden Gäste die Tauffeierlichkeit statt und folgt derselben eine Festtafel. Abends erscheint der Hof im Opernhause.

— Die Prinzen Albrecht und Friedrich Karl, der Prinz August von Württemberg rc. sind von den in der Provinz Hannover abgehaltenen Jagden gestern hierher zurückgekehrt.

— Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin sind heut Vormittag hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen, wo ihnen bald darauf Se. Majestät der König einen Besuch machte.

Posen, 9. Dezember. Heute verstarb der hiesige Polizeipräsident v. Bärensprung.

Bremen, 9. Dezember. Der „Norddeutsche Lloyd" wird sein Aktienkopital um 5000 Stück Aktien vermehren und den jetzigen Inhabern auf je 5 Stück Aktien das Bezugsrecht für eine Aktie der neuen Emission zum Parikourse gewähren.

Dresden, 9. Dezember. Die frühere Königin von Hannover, Marie, ist mit ihren beiden Töchtern, den Prinzessinnen Friederike und Marie, hier eingetroffen, um dem Könige für die von ihm bewiesene Theilnahme zu danken. Dieselben werden ihre Reise nach Wien noch heute fortsetzen.

Leipzig, 8. Dezember. Am 6. Dezember begann in Leipzig die Generalversammlung deutscher Maurer und Steinhauer. Dielseben wollen von den Bestrebungen der sozial-demokratischen Arbeiterpartei nichts wissen, sondern auf eigene Hand zur Gründung einer Genossenschaft vorgehen, welche sich mit der Besserung der Arbeiterverhältnisse befassen soll. Es ist dabei ausdrücklich betont worden, daß man insbesondere von der Staatshülfe absehen werde.

München, 9. Dezember. Der „Süddeutsche Telegraph" schreibt: Eine der ersten Vorlagen für den Landtag betrifft die Reorganisation der Kammer der Reichsräthe.

Ausland.

Pesth, 8. Dezember. Die beiden Häuser des Landtages hielten heute ihre Schlußsitzungen. Im Unterhause machte der Präsident die Mittheilung, daß der Kaiser den kroatischen Deputirten Coloman Bedckovch zum Minister ohne Portefeuille für das dreieinige Königreich ernannt hat. Der neu ernannte Minister wurde von dem Hause stürmisch begrüßt.

Brüssel, 9. Dezember. Die Regierung ist in Unterhandlungen eingetreten wegen der Uebernahme der luxemburgisch-belgischen Eisenbahn, um die Unterzeichnung des Abtretungs-Vertrages an die französische Ostbahn-Gesellschaft zu verhindern.

Paris, 8. Dezember. „Patrie" meldet aus Athen vom 7.: Auf die Vorstellungen der Mächte hat die griechische Regierung die Zusage gemacht, fernerhin nicht zu gestatten, das das kretensische Insurrektions-Comité Flüchtlinge, die nach Kreta zurückzukehren wünschen, an der Heimkehr verhindere.

— 9. Dezember. Der „Moniteur" schreibt in seinem Bulletin: Angesichts der Befürchtungen, welche sich an die Möglichkeit einer Verwickelung zwischen der Türkei und Griechenland wegen der kretensischen Angelegenheit knüpfen, sind in Athen die Gesandten Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands, als Vertreter der drei Schutzmächte Griechenlands, zusammengetreten und haben einen Schritt bei dem dortigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gethan, zu dem Zwecke, denselben auf die ernsten Folgen aufmerksam zu machen, welche eine aggressive Politik nach sich ziehen könnte.

London, 7. Dezember. Das unlängst ins Leben gerufene Projekt, einen Klub für Frauen zu gründen, geht seiner Verwirklichung entgegen. Das erforderliche Kapital ist bereits zur Hälfte beschafft und über die bezüglichen Einrichtungen hat das Comité sich geeinigt. Der neue Klub soll täglich (da von einer englischen Einrichtung die Rede ist, muß besonders hinzgefügt werden, auch Sonntags) seinen Mitgliedern geöffnet sein und aus einem Konversationszimmer mit leichter Lektüre, Zeitungen und Spielen, einem Lesezimmer mit Schreibmaterialien und einer gediegenen Bibliothek, einem Speisesaal und aus einem Fremdenzimmer zum Empfang von Besuchern bestehen. Bei den mannigfachen gebotenen Vortheilen dürfte es an zahlreicher Betheiligung nicht fehlen, trotzdem in dem Lesezimmer das Sprechen untersagt ist.

London, 9. Dezember. Die konservativen Minister haben heute ihr Amt niedergelegt.

— Die Königin hielt heute in Windsor zwei Sitzungen des Geheimen Rathes ab; in der ersten waren die bisherigen Minister erschienen und lieferten ihre Amtssiegel ab; in der zweiten wurden Childers und Bright als Mitglieder des Geheimen Rathes vereidigt und dem neuen Ministerium die Amtssiegel ausgehändigt.

Bukarest, 8. Dezember. Cretzulesko hat nun definitiv das Portefeuille des Kultus-Ministeriums übernommen.

Hongkong, 21. November. Englische Kriegsschiffe sind nach Nanking abgegangen, um die Ansprüche des englischen Konsuls auf Entschädigung für die in Hang-chow und auf Formosa verübten Gewaltthaten zu unterstützen. An ersterem Orte machten 500 Chinesen einen Angriff auf das britische Missionshaus, in Formosa verweigerte ein Mandarin den sich zu ihm Flüchtenden Schutz.

Pommern.

Stettin, 10. Dezember. Von Wichtigkeit ist der den Ober-Präsidenten zugegangene, seinem Inhalte nach schon gleich mitgetheilte Erlaß des Ministers des Innern über die Heranziehung der Königl. preußischen Bank, resp. ihrer Filialen zur Kommunal-Einkommensteuer. Der Grundsatz, daß die Staatsbank-Institute von dem durch ihren Geschäftsbetrieb erzielten Rein-Einkommen zu Kommunal-Einkommensteuern herangezogen werden können, ist, abweichend von den früher namentlich unterm 11. Februar 1867 dieserhalb getroffenen Entscheidungen, bejaht worden. Dieser Beschlußnahme liegt die Auffassung zu Grunde, daß, „bei aller Rücksicht auf die höheren gemeinnützigen Zwecke", welche für die Bank nach der Bankordnung maßgebend sind, der aus der Bankverwaltung sich ergebende Reingewinn doch vermöge der an sich kaufmännischen Natur der nach § 2 der Bankordnung von der Bank betriebenen Geschäfte als ein in gewerbmäßiger Weise erzielter anzusehen ist, „für welchen eine Bevorzugung vor dem Geschäftsgewinne der Privatbanken in Bezug auf allgemein gesetzliche Lasten nicht beansprucht werden kann," und daß daher diejenigen Kommunen, welchen nach den bestehenden Gemeinde-Ordnungen das Recht zusteht, juristische Personen von ihrem aus einem stehenden Gewerbebetrieb im Gemeindebezirke fließenden Einkommen zu den auf das Einkommen gelegten Kommunalsteuern heranzuziehen, als befugt anzuerkennen sind, von diesem Rechte „auch der Königl. Bank, resp. ihren Kommanditen rc. gegenüber Gebrauch zu machen." Die Ober-Präsidenten sollen diesen anderweit gefaßten Beschluß nunmehr bei den vorkommenden Entscheidungen über einschlagende Fälle, so weit es sich dabei um Steuerforderungen der Gemeinden handelt, welche noch nicht in dem gesetzlich geordneten Instanzenzuge endgültig erledigt waren, zur Richtschnur nehmen und die Regierungen mit gleichmäßiger Weisung versehen.

— Auf eine kürzlich geschehene amtliche Anfrage haben die Minister für Handel und des Innern entschieden, daß die Bestimmungen des Gesetzes vom 4. Mai 1846, wonach „ausländische Korporationen und juristische Personen des Auslandes" Grundeigenthum nur mit Königlicher Genehmigung erwerben können, durch die norddeutsche Bundesverfassung „nicht aufgehoben sind."

— Die 27. Wander-Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe wird in den Tagen vom 9. bis 15. Mai 1869 in Breslau stattfinden. Für dieselbe sind folgende Schaustellungen und Märkte in Aussicht genommen: 1) Eine Schaustellung von Pferden, Rindern und Schweinen aller deutschen Länder; 2) eine landwirthschaftliche Produkten- und landwirthschaftlich-technische Fabrikatenausstellung; 3) die 6. schlesische Schafschau; 4) der 6. internationale Maschinenmarkt; 5) der 6. schlesische Zuchtviehmarkt; 6) eine Fettviehausstellung; 7) eine Geflügelausstellung; 8) eine Bienen- und seidenwirthschaftliche Ausstellung; 9) eine Ausstellung von Gartenerzeugnissen; 10) eine forstwirthschaftliche Ausstellung.

— Das Kriegsministerium hat bekanntlich die definitive Einführung des prismatischen Pulvers von $1,_{66}$ spezifischem Gewichte und einer Körnergröße von $1/_6$ Zoll englisch im Durchmesser über Eck und 1 Zoll englisch in der Höhe für die diesseitige Land-Artillerie angeordnet; durch eine eben ergangene Verfügung der Marine-Behörde soll dasselbe Pulver auch zur Ausrüstung der Marinegeschütze vom gezogenen 24-Pfünder mit Ring aufwärts verwendet werden.

Vermischtes.

Schneeberg, 5. Dezember. Gestern Abend gegen 10 Uhr vernahmen die Bewohner des südlichen Abhanges unserer Stadt ein heftiges Getöse. Es war ein Stück Garten und Weg im Durchmesser von 10 bis 15 Ellen in bedeutende Tiefe hinabgesunken. Auch der dort befindliche Röhrenstrang der Wasserleitung wurde durchbrochen und die nahe Wohnenden fürchten Nachsturz. Menschen sind nicht dabei verunglückt.

Brüssel. Man spricht hier viel von einem wunderbaren Tenor, den man unweit Spaa in der Person eines sechszehnjährigen Hirtenjungen aufgefunden haben soll. Der junge Mensch ist seit einem Monate in Brüssel und die Personen, welche ihn gehört haben, sprechen mit Entzücken von seiner Stimme, wie man sie seit Nourret und Duprez noch nicht wieder vernommen haben soll. Die Professoren des Gesanges am Konservatorium machen sich das Kleinod streitig, um es zum Schüler zu haben und einer außerordentlichen Zukunft entgegenzuführen.

Paris. Ein Kaufmann, Namens Durand, hatte einen besonderen Widerwillen gegen den Dienst in der Nationalgarde, besonders vermied er sorglich den Nachtdienst, vielleicht erräth der Leser nachher aus welchen Gründen. In Folge dessen war er zu einem dreitägigen Arreste verurtheilt worden, und da bei den Recherchen des Sergeanten Herr Durand immer wirklich oder angeblich verreist war, entschloß der Sergeant sich zu einer durchgreifenden Maßregel. Er drang mitten in der Nacht in die Wohnung des Herrn Durand und bis in das Schlafzimmer ein, und zwang den neben Frau Durand schlafenden Verbrecher, sich anzuziehen und sofort den Arrest anzutreten. Dem mußte man sich wohl oder übel fügen. Aber als nach mehreren Tagen Herr Durand, der wirklich verreist gewesen war, von Kameraden vernahm, daß er seinen Arrest per procurationem abgesessen habe, gerieth er in nicht geringe Bestürzung und Madame in starke Verlegenheit. So haben auch die Arrestlokale ihr Fata.

Aus Italien, 4. Dezember. Madame Rossini willigte in den Transport der Leiche ihres Mannes nach Italien unter der Bedingung, daß sie einst an seiner Seite ruhen darf; dies ist in Pesaro leicht, im Tempel von Sta. Croce zu Florenz aber schwerer zu ermöglichen. „Opinione" giebt den sonderbaren Rath, es so einzurichten, daß eine Mauer in Sta. Croce die beiden Gräber nur bis zum Erdboden trennt, so daß Herr Rossini innerhalb der Kirche, Madame R. aber außerhalb in dem anstoßenden Klosterraum ruhen würde. Die Nachforschungen nach einem Requiem, das Rossini für sein eigenes Absterben geschrieben haben soll, ergeben als Resultat, daß der Verfasser des herrlichen „Stabat" nicht an ein derartiges Werk dachte; er soll vielmehr gegen einen Freund geäußert haben, daß Niemand nach dem Requiem von Mozart an eine derartige Produktion noch denken dürfe.

Stockholm, 4. Dezember. Aus Sköfde wird berichtet, daß der von Törreboda nach Gothenburg am Dienstag Morgen um $5\frac{1}{2}$ Uhr abgegangene Eisenbahnzug die Station Wäring fehlerhafterweise passirte, ohne daselbst anzuhalten, und daß der Lokomotivführer, nachdem der Zug eine Weile von der gedachten Station entfernt war, seinen Irrthum gewahr werdend, den Zug rückwärts nach Wäring gehen ließ. Dem Vernehmen nach sollen sowohl der Lokomotivführer als auch der Heizer beim Passiren der Station fest geschlafen haben und können die betreffenden Passagiere sich glücklich schätzen, mit heilen Gliedern davon gekommen zu sein.

Literarisches.

Ruß, Natur- und Kulturbilder. Breslau 1868. S. 530 mit 2 Titelbildern. Unter dem obigen Titel liegt uns eine Reihe von Schilderungen aus dem Natur- und Menschenleben vor. Nachdem die Jahreszeiten geschildert sind, folgen Schilderungen unserer Hausthiere, der wichtigsten Thiere aus dem zoologischen Garten und Jagdbilder. Dann folgen Schilderungen deutscher Gauen und ihrer Bewohner, Schilderungen aus dem Leben auf einem deutschen Segelschiffe, endlich Darstellungen über die Entwicklung des Verkehrs von der Einführung der Zugthiere und Wagen bis zu der Telegraphie, der Eisenbahn- und Luftschifffahrt. Die Schilderungen sind lebendig und anziehend, voll Begeisterung für das Naturleben und die reiche Gotteswelt geschrieben und ganz dazu angethan, auch im Leser die Liebe zur heiligen Natur zu entzünden. Dabei ist die Sprache edel und blühend, ohne schwülstig zu werden, und lies't sich leicht, ohne zu ermüden. Wir wünschen dem Werke eine weite Verbreitung.

Moehl. Jean-Lütz' Denkmal. Altona 1869. Der Verfasser bietet uns in dem Buche eine Geschichte in niederdeutscher Sprache, ähnlich den Reuter'schen Sachen. Wie in den Meisterwerken der niederländischen Schule, so tritt uns auch hier das wirkliche Leben in seiner Derbheit und zum Theil Rohheit entgegen; aber hinter der rauhen Außenschale zeigt sich denn auch der gesunde Kern, der aller Versuchung widersteht, und für Ehre, Recht und Sitte eintritt. Das Leben tritt in seiner alltäglichen Einförmigkeit an uns heran, aber mitten in demselben und aus demselben heraus entfaltet sich ein reiches Gemüthsleben voll einer Tiefe und Wärme des Gefühls, die bei den Männern mit Kraft und eiserner Festigkeit gepaart, bei den Frauen von dem Hauche zartester Weiblichkeit und Anmuth angeweht, die herrlichsten Blüthen treibt. Wir können das Buch unseren geehrten Lesern aus vollster Ueberzeugung empfehlen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 9. Dezbr. Angekommene Schiffe: Nordstern, Zechin; Nautilus, Bruß; Spica, Heitmann von Sunderland. Christian, Möller von Odense. Ceres (SD), Braun von Danzig. Berhardine, Brünzow — Alexandri (SD), Köhn von Sunderland. Memel-Packet (SD), Wendt von Memel. Koophandel, Schuchhardt von Newcastle.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Dezbr. Witterung: Leichter Nachtfrost. Mittags trübe. Temperatur 0° R. Wind SO.

An der Börse.

Weizen fester, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ. $64\frac{1}{2}$, $66\frac{1}{2}$ Rt., feinster 67, $67\frac{1}{2}$ Rt. bez., bunt poln. $64\frac{1}{2}$, $65\frac{1}{2}$ Rt., bez, weißer 66—69 Rt. 83—85pfd. pr. Dezember $67\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd., Frühjahr 67, $67\frac{1}{3}$, $67\frac{1}{4}$, $67\frac{1}{2}$ Rt. bez. Mai-Juni $68\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Roggen fest, per 2000 Pfd. loco 50—$51\frac{1}{2}$ Rt., feinster 52 Rt. bez., rollend posener $50\frac{1}{2}$ Rt. bez., Dezember $50\frac{1}{2}$ Rt. bez., Dezember-Januar 50 Rt. Br., $49\frac{3}{4}$ Gd., Frühjahr $49\frac{1}{2}$, 50 Rt. bez. Br. u. Gd., Mai-Juni $50\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Gerste geschäftslos

Hafer fester, pr. 1300 Pfd. loco $32\frac{1}{2}$—$33\frac{1}{2}$ Rt., 47—50-pfd. per Frühjahr 34 Rt. Br., $33\frac{3}{4}$ Gd., Mai-Juni $34\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco 58—60 Rt., Frühjahr Futter- 57 Rt. bez.

Rüböl fester, loco $9\frac{1}{4}$ Rt. Br., per Dezember u. Januar-Februar $9\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ Rt. bez., $\frac{1}{6}$ Br., $\frac{1}{8}$ Gd., Jan.-Febr. $9\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br, April-Mai $9\frac{2}{3}$ Rt. Br., $9\frac{5}{6}$ Gd. $9\frac{7}{12}$ Gd., September-Oktober $9\frac{11}{12}$ Rt. Br.,

Spiritus flau u. niedriger, loco ohne Faß $15\frac{3}{8}$, $\frac{1}{3}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez, Dezember u. Dezember-Januar $14\frac{11}{12}$ Rt. bez., $14\frac{7}{8}$ Br, Januar-Februar 15 Rt. Br., Febr.-März $15\frac{1}{6}$ Rt. Br., Frühjahr $15\frac{2}{3}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 10,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen $67\frac{1}{2}$, Roggen $50\frac{1}{2}$, Rüböl $9\frac{1}{6}$, Spiritus $14\frac{11}{12}$.

Berlin, 10. Dezember. Staatsschuldscheine $81\frac{3}{4}$. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % 94. Pomm. Pfandbriefe $84\frac{1}{8}$. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 130. Meckl. Eisenbahn-Aktien $71\frac{1}{2}$. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 193. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 94. Oesterr. National-Anleihe 54. Oesterreichische Banknoten 85. Russ. Noten $83\frac{1}{8}$. Amerikaner 6% $79\frac{5}{8}$. Hamburg 2 Mt. $150\frac{1}{8}$. London 3 Mt. 23. Paris 2 Mt. $80\frac{5}{6}$. Wien 2 Mt $84\frac{3}{8}$. Petersburg 3 W. $91\frac{7}{8}$. Cosel-Oderberger $113\frac{3}{4}$. Lombarden $111\frac{3}{4}$.

Weizen per Dezember 63, April-Mai $61\frac{1}{2}$. Roggen per Dezember $50\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$, Dezbr.-Januar $50\frac{1}{8}$, $49\frac{3}{4}$, per April-Mai $49\frac{7}{8}$, $\frac{5}{8}$. Rüböl loco $9\frac{1}{2}$, per Dezember $9\frac{5}{12}$, $\frac{3}{8}$, pr. April-Mai $9\frac{5}{6}$. Spiritus loco $15\frac{5}{8}$, pr. Dezbr. $15\frac{2}{3}$, $\frac{5}{8}$, Januar-Februar $15\frac{2}{3}$, $\frac{5}{8}$, pr. April-Mai $16\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$. Hafer pr. Frühj. $31\frac{3}{4}$.